

Inhaltsverzeichnis

BO Amann verlangt Erhöhung der Mittel des ERP-Fonds.....	Seite 2
BO Amann verlangt flexibles Kurzarbeitszeitprogramm mit Lohnausgleich Entlastungspaket duldet keinen weiteren Aufschub!	
VP Matthias Krenn zu Millionen-Verlusten der AUVA: Persönliche Haftung ist einzufordern!.....	Seite 3
RFW fordert steuerfreie Einmalzahlung statt prozentueller Erhöhung der Löhne!	
VP Krenn zu Konjunkturpaket: Finanzieller Schutzschirm für Unternehmer gefordert.....	Seite 4
NAbg. Alois Gradauer: Konjunkturpaket ist ein Tropfen auf dem heißen Stein!	
RFW-Burgenland: Pressekonferenz LO Karl Simon zu aktuellen Themen	Seite 5
Förderungsgerechtigkeit: Forderung nach 25-prozentiger Förderung auch für KMUs	
RFW-Kärnten: "Der Dienstleister für Kärntner Wirtschaftstreibende!"	Seite 6
RFW-Niederösterreich: Herbstklausur im Pielachtal	
RFW-OÖ: RFW und FPÖ bringen Solarpflicht bei Wohnbauförderung zu Fall	Seite 7
NAbg. Alois Gradauer: RFW für sofortige Rücknahme der Gaspreiserhöhungen!	
RFW-Salzburg: Raumordnungschaos in Salzburg vorprogrammiert!	Seite 8
LO KommR Helmut Haigermoser: Steuerreform ausgabenseitig finanzieren!	
Forderungen des RFW-Steiermark als Grundlage für die Anträge zum WIPA.	Seite 9
Seminar - Kammerorganisation und Reform der Fachorganisationsordnung	
RFW-Tirol - Die treibende Kraft in der Wirtschaftskammer Tirol!	Seite 10
RFW-Tirol gemeinsam mit dem Transitforum und Vertretern der Transportverbände aus Italien und Bayern bei EU-Kommissar Tajani!	
RFW-Vorarlberg: KO Ing. Fritz Amann zur GRÜNEN-Landesanleihe.....	Seite 11
KMUs müssen angesichts der Finanzkrise unbedingt gestärkt werden!	
RFW-Wien: LO KommR Detlev Neudeck: Basel II muß weg!	Seite 12
VP KommR Karl Ramharter: Forderungskatalog an die neue Regierung - Existenz statt Insolvenz	



RFW-BO Amann verlangt Erhöhung der Mittel des ERP Fonds!

Utl.: Über ERP-Fonds soll man starkes Konjunkturpaket schnüren!

Als geeignetes Mittel zur Ankurbelung der Wirtschaft sieht der RFW-Bundesobmann, KO Ing. Fritz Amann, den ERP-Fonds, der zinsgünstige Kredite gerade an die KMUs vergibt. Dieser hat derzeit ein Kreditvolumen von 420 Millionen Euro im Jahr und sollte angesichts der Tatsache, dass bereits Ansuchen in Höhe von 320 Millionen Euro positiv für 2009 bewilligt wurden, unbedingt aufgestockt werden.

Amann dazu: „Der ERP-Fonds fördert Innovation und arbeitsplatzbildende Projekte vor allem in schwachen Regionen, die Defizite aufweisen. Damit ist er ein wichtiger Impulsgeber für die KMUs. Da es die mittelständische Wirtschaft aufgrund der Finanzkrise und Basel II ohnehin schwer hat, an Kredite zu kommen, würde es Sinn machen, das Kreditvolumen für den ERP-Fonds aufzustocken. Ich denke dabei an 200 Millionen Euro, damit

Projekte, die schon umsetzungsreif sind, vorgezogen und damit auch realisiert werden können.“

Die KMUs brauchen günstige Kredite, darum habe er dieses Paket auch LH Sausgruber, als einen der Koalitionsverhandler nach Wien mitgegeben. Ihn, Sausgruber, habe er von der Sinnhaftigkeit seiner Idee überzeugen können. Jetzt braucht es Überzeugungsarbeit in Wien, denn es gelte, dieses Vorhaben schnell und rasch umzusetzen, solange es noch Betriebe gibt, die in Arbeitsplätze investieren wollen, so der RFW-Bundesobmann, KO Ing. Fritz Amann, abschließend.



OTS-Meldung, 28.10.2008

RFW-BO Amann verlangt flexibles Kurzarbeitszeitprogramm mit Lohnausgleich

Utl.: Ziel muss es sein, die Menschen im Arbeitsprozess zu halten!

Mit einer neuen Idee zur Bekämpfung der möglichen Rezession lässt heute der RFW-Bundesobmann, KO Ing. Fritz Amann, aufhorchen, der ein neues flexibles Kurzarbeitszeitmodell mit Lohnausgleich aus der Arbeitslosenversicherung verlangt.

Amann dazu: „Mir ist es wichtig, dass in Zeiten abschwächender Wirtschaftskonjunktur alle Möglichkeiten geschaffen werden, damit die Menschen im Arbeitsprozess gehalten werden können. Ein probates Mittel wäre dabei eine möglichst flexible Umstellungsmöglichkeit auf Kurzarbeit, wenn die wirtschaftsrelevanten Parameter, wie sinkende oder mangelnde Auftragslage, dies erfordern. Hier sollte man rasch handeln können, wobei der Lohnausfall durch die Kurzarbeit von der öffentlichen Hand aufgefangen werden soll. Ohne ausreichende

Kaufkraft ist ein Wirtschaftsaufschwung nämlich nicht möglich.“

Es ist für die Steuerzahler viel billiger, wenn man die Menschen im Arbeitsprozess behält, denn so fließen weitere Abgaben und Steuern in die Systeme. Auch das Selbstwertgefühl geht durch die Beibehaltung der Arbeit nicht verloren. Die Menschen haben etwas zu tun und sind nicht Leistungsempfänger des Systems, das sei für ihn, Amann, die zentrale Botschaft. Auch werden dabei die Töpfe nicht völlig ausgeschöpft und daher sollten Sozialpartner und Regierung schnell ein Paket schließen, das Kurzarbeit mit Lohnausgleich gesetzlich möglich macht. Das hätte mehr Nutzen als jedes Konjunkturpaket, so der RFW-Bundesobmann, KO Ing. Fritz Amann, abschließend.

OTS-Meldung, 27.10.2008

Entlastungspaket duldet keinen weiteren Aufschub!

Utl.: NAbg. Bernhard Themessl: Mittelstand und KMUs sind umgehend zu entlasten!

„Das im Ministerrat beschlossene Konjunkturbelebungs paket verdient diesen Namen nicht“, diagnostiziert NAbg Bernhard Themessl, RFW-Bundesvorstandsmitglied. „Zwar ist eine Erhöhung des Haftungsrahmens der AWS für kleine und mittlere Unternehmen, wie vom RFW gefordert, vorgesehen. Die Finanzierungsgarantie (Ausfallhaftung) der AWS ist allerdings nicht nur dem Volumen und der Höhe nach, sondern vor allem nach der Art und Weise auszuweiten.“

Dadurch würden speziell im Bereich der Mikrofinanzierung und in der kleinstrukturierten Wirtschaft Konjunkturimpulse erzeugt, so Themessl weiter. Das Programm zur Ausweitung der staatlichen Förderungen beim Bausparen wird aus Sicht des RFW keinen nennenswerten Impuls

bringen. „Dass Josef Pröll weiterhin den Termin 1.1.2010 für ein jetzt erforderliches Entlastungspaket festhält, ist grob unverantwortlich“, so Themessl.

„Die Bürger und die mittelständischen Unternehmen sind umgehend zu entlasten und nicht, wie mit diesem Papier, weiterhin zu veralbern. Der RFW tritt daher für die sofortige Abschaffung der Kreditvergabegebühren (Kosten: 160 Millionen Euro) und der Gesellschaftssteuer (Kosten: rund 50 Millionen Euro) ein. Die Gesellschaftssteuer besteuert die Zufuhr von Eigenkapital an inländische Kapitalgesellschaften. Der Steuer unterliegt insbesondere der Erwerb von Gesellschaftsrechten (z.B. Gründung und Kapitalerhöhung), sie beträgt 1 Prozent vom Wert der Gegenleistung“, so Themessl abschließend.

RFW zu Millionen-Verlusten der AUVA: Persönliche Haftung bei Verantwortlichen ist einzufordern. Utl.: Wer Geld verspekuliert, muss zur Verantwortung gezogen werden!

Von einer „Zockerpartie AUVA“ sprach Matthias Krenn, Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und stellvertretender Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender und Unabhängiger (RFW), nach dem Bekanntwerden der Millionenverluste der Allg. Unfall-Versicherungs-Anstalt (AUVA): „12 Millionen Euro Verluste und weitere 17 Millionen Euro, die gefährdet sind, das ist Geld von heimischen Wirtschaftstreibenden, welches die Zockerpartie der AUVA hier einfach verspekulierte! Wir vom RFW fordern eine persönliche Haftung der Verantwortlichen“, so Vizepräsident Krenn.

Eine Farce findet Krenn auch die Aussage aus den Reihen der AUVA, dass keine Beitragserhöhungen im Hinblick auf die Verluste drohen: „Die AUVA hat in den vergangenen Jahren auf Grund der Konjunkturlage enorme Überschüsse erzielt. Die kolportierten 29 Millionen Euro (12 Millionen Euro Verlust und 17 Millionen Euro gefährdet) sind weniger als zehn Prozent der gesamten Veranlagungen der AUVA, was heißt, dass 300 bis 350 Millionen Euro am Finanzmarkt angelegt sind, weitaus mehr, als der Gesetzgeber fordert“, so Krenn.

Für den WKÖ-Vizepräsidenten ist es unglaublich, dass

die Verantwortlichen in der AUVA mit dem Geld von Unternehmern, also Treuhandgeld so leichtsinnig agieren: „Da werden Überschüsse aus den Beitragszahlungen gehortet, die jetzt sinnlos verzockt wurden. Eigentlich sollten diese Mehreinnahmen, die nicht aktuell benötigt werden, sicher veranlagt oder den Unternehmern zurückerstattet werden.“ Mit den Überschüssen könnte laut Krenn, eine Lohnnebenkostensenkung, wie vom RFW schon lange gefordert, endlich umgesetzt werden.

Die AUVA finanziert ihre Aufgaben als soziale Unfallversicherung überwiegend aus Pflichtbeiträgen der Unternehmer. Diese zahlen 1,4 Prozent der monatlichen Bruttolohnsumme jedes Dienstnehmers (bis zur Höchstbeitragsgrundlage von derzeit 3.930,- Euro) als Unfallversicherungsbeiträge ein. „Für mich ist die Forderung der AUVA von Anfang August nach mehr Geld von den Sozialversicherungen ein Hohn in Anbetracht ihrer finanziellen Situation“, so Vizepräsident Krenn abschließend.



OTS-Meldung, 21.10.2008

RFW fordert steuerfreie Einmalzahlung statt prozentueller Erhöhung der Löhne! Utl.: WKÖ-Vizepräsident Krenn: „Damit wird der gewünschte Effekt einer Kaufkraftsteigerung eher erzielt.“

„Der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender und Unabhängiger (RFW) setzt sich für eine steuerfreie, aliquot auf vier Quartale aufgeteilte Einmalzahlung statt der von den Gewerkschaftern geforderten Lohnerhöhung ein“, so Matthias Krenn, Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und stellvertretender RFW-Bundesobmann in Richtung der Lohnverhandler.

Eine prozentuelle Lohnerhöhung belastet lediglich die Arbeitgeber, bringt aber unterm Strich nicht mehr Geld aufs Gehaltskonto der Arbeitnehmer: „Der gewünschte Effekt einer Kaufkraftsteigerung ist auf Grund der kalten Progression hinfällig und füllt nur die Taschen des Finanzministers. Deshalb ist es für mich unverständlich, dass die Gewerkschafter bei den Herbstlohnrunderungen auf die Unternehmer losgehen und nicht auf den Staat, der einen hohen Prozentteil der Lohnerhöhungen für die Staatskasse einheimst“, stellt Krenn verwundert fest.

Werden die gewünschten Lohnerhöhungen von vier Prozent umgesetzt, ist laut Krenn, auch auf Grund der momentanen Finanzkrise, Gefahr in Verzug: „In Zeiten

wie diesen, wo die Konjunktur massiv schwächelt, wären die jetzt schon stark belasteten Wirtschaftstreibenden voraussichtlich gezwungen, Personal einzusparen, was die Arbeitslosenrate erhöhen würde. Und was das in Hinblick auf die Kaufkraft und auf die Wirtschaft im Allgemeinen bedeutet, muss ich wohl keinem der Verantwortlichen erklären.“

Vizepräsident Krenn empfiehlt den Gewerkschaftern deshalb, gemeinsam mit den Arbeitgebervertretern gegen den Staat und in diesem konkreten Fall gegen die kalte Progression zu kämpfen und nicht Lohnerhöhungen von bis zu vier Prozent zu verlangen: „Das bringt im Endeffekt mehr Geld in die Taschen der Arbeitnehmer, entlastet gleichzeitig die Arbeitgeber, erhöht in Folge dessen die Kaufkraft und stabilisiert den Wirtschaftsstandort Österreich“, so Krenn abschließend.



OTS-Meldung, 17.10.2008

VP Matthias Krenn: Finanzieller Schutzschirm für Unternehmer gefordert!**Utl.: Nur rasch greifendes Konjunkturpaket stellt Steuerleistungen langfristig sicher!**

Jetzt sei die Realwirtschaft anzukurbeln, fordert Matthias Krenn, stellvertretender Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender und Unabhängiger (RFW) und Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), unter anderem durch die Wiedereinführung des Investitionsfreibetrages, die umgehende Senkung der Lohnnebenkosten und Anpassungen der Tarife im Ausmaß des Schadens, den die kalte Progression im Bereich der Kaufkraft angerichtet hat: „Dazu, und auch um die Teuerung endlich wieder in den Griff zu bekommen, ist ein unmittelbar greifendes Konjunkturpaket unumgänglich“, so Krenn und weiter: „Nur damit ist ein finanzieller Schutzschirm für die Wirtschaftstreibenden und in weiterer Folge für langfristige Steuerleistungen garantiert.“

Nach dem staatlichen Engagement, mit Kapitalspritzen und -garantien in astronomischen Höhen, ist auch im Segment der Leistungsträger und der Konsumwirtschaft Klotzen statt Kleckern angesagt und diesbezüglich ein Volumen von mindestens 6 Milliarden Euro in die Hand zu nehmen. In diesem Zusammenhang fordert Krenn, bestehende Förderungsfonds für Klein- und Mittelbetriebe (KMUs) aufzustocken: „Es bringt nichts, neue Förderungsfonds einzuführen. Der Prozess, bis diese greifen, ist zu langwierig. Es muss schneller reagiert werden können. Auch ist privates Beteiligungskapital wieder attraktiv zu gestalten (Verlustzuweisung an Beteiligungsgeber). Wir müssen da nichts Neues erfinden, sondern nur erfolgreiche Praxismodelle der Vergangenheit wieder beleben.“

Weiters müssen im Rahmen dieses Paketes die Abschreibungen für schnellleibige Wirtschaftsgüter (EDV-Anlagen) an die reale Nutzungsdauer angepasst werden. „Wir treten dafür ein, dass eine vorzeitige

(degressive) Abschreibung, zur Konjunkturbelebung und als Lenkungseffekt bzw. Investitionsbegünstigung, eingeführt wird, wie dies in vielen anderen EU-Staaten heute schon zur Anwendung kommt. Auch eine Abschreibungshöhe von 30-50 Prozent im Jahr der Anschaffung ist anzustreben“, so Vizepräsident Krenn.



Die weltweite Finanzkrise setzt die heimischen KMUs massiv unter Druck. Kredite bei Banken sind schwer bis gar nicht mehr zu bekommen. Für Vizepräsident Krenn ein Grund mehr die Basel II Bestimmungen endlich und rasch zu entschärfen: „Dass Basel II schon die Giftzähne gezogen worden sind, ist ein Latrinengeruch notorischer Realitätsverweigerer. Es waren wohl eher die Milchzähne, die einer `Entschärfung` zum Opfer fielen. Die gefährlichen Hauer sind jedoch stehen geblieben. Das bekommen die Betriebe jetzt mit voller Wucht zu spüren.“

Für Vizepräsident Krenn sind auch jegliche Überlegungen Richtung Nulldefizit ad acta zu legen: „Ein Nulldefizit wie auch die geltenden Wettbewerbsbedingungen im Zusammenhang mit dem EU-Stabilitätspakt hemmen die Wirtschaft derzeit in fahrlässiger Weise. Massive staatliche Vorausinvestitionen sind, in Zeiten wie diesen, sinnvoll und von großer Wichtigkeit. Wer jetzt dem Gebot der Stunde zuwider handelt, macht sich für eine durch `nicht handeln` entstehende Häufung von Firmenpleiten mit verantwortlich“.

OTS-Meldung, 17.10.2008

NAbg. Alois Gradauer: Konjunkturpaket ist ein Tropfen auf dem heißen Stein!**Utl.: Klotzen statt kleckern muss die Devise sein!**

"Klotzen statt kleckern" bei der Belebung der Konjunktur will NAbg. Alois Gradauer, RFW-Bundesvorstandsmitglied, angesichts der weltweiten Finanzkrise, die sich natürlich verstärkt auf die Wirtschaft auswirkt und fordert eine echte Steuerreform, die die Inlandsnachfrage stärkt.

"Ein zaghafte Vorgehen wird bei weitem nicht ausreichen. Das beschlossene Konjunkturpaket ist nur ein Paketchen und nichts weiter als wieder nur ein Bankenpaket und viel zu wenig, um von einer echten Konjunkturspritze reden zu können. Die ÖVP will wieder einmal nur ihre eigene Klientel bedienen und die

Menschen beruhigen und abpeisen. Dass dabei auf die Arbeitnehmer vergessen wird, stört die SPÖ offensichtlich nicht und verschläft das wieder einmal", wundert und ärgert sich Gradauer.

Der Mittelstand geht wieder einmal leer aus und bekommt nichts. "Dabei müssen wir viel mehr tun, um diese ausgewachsene Finanzkrise zu bewältigen. Es bedarf einer kräftigen Konjunkturbelebung seitens des Staates. Was wir dringend brauchen, ist eine Steuerreform, die den Mittelstand und die KMUs entlastet, und so zu einer Belebung der Konjunktur führt", so Gradauer abschließend.

OTS-Meldung, 29.10.2008

Pressekonferenz des RFW-Burgenland mit LO Karl Simon zu aktuellen Themen:

Utl.: Nord-Süd-Gefälle, Diebstahlsbekämpfung und Tankstellen

Nord-Süd-Gefälle prolongiert - LO Karl Simon wehrt sich gegen Abkoppelung des Südburgenlandes:

- ❑ Verkehrserschließung endet mit S 31 bei Oberpullendorf
- ❑ Anbindung des Südens durch hochrangige Straße gefordert

"Die Vernachlässigung des Südburgenlandes sei nicht mehr länger hinzunehmen, die Politiker aller Fraktionen werden aufgefordert, endlich Maßnahmen gegen die weitere Abkoppelung des Südburgenlandes zu setzen", forderte am 27.10.2008 der Obmann des RFW-Burgenland, Karl Simon, bei einer Pressekonferenz in Eisenstadt.

Wer heute von Oberpullendorf nach Güssing oder umgekehrt vom Süden in den Norden will, hat eine Tortur vor sich. Kaum eine Gemeinde kann umfahren werden, eine mühsame Ortsdurchfahrt reiht sich an die andere. "Wer diese Route ständig benutzen muss und die Nervenbelastung nicht verspürt, muss mit Dienstauto und Chauffeur unterwegs sein", wendet sich Simon an den zuständigen Straßenbaureferenten Helmut Bieler. Gerade von einem Südburgenländer müsste man sich Initiativen gegen die enorme Benachteiligung des Landessüdens erwarten dürfen.

Aus der aktuellen Pendlerfrequenz-Statistik des Landes zeigt sich deutlich, dass die Zahl der Tagespendler um 37 % zugenommen hat, wobei vor allem die Bürger der südlichen Bezirke zur verstärkten Mobilität gezwungen werden." Nachdem man den Norden längst durch Autobahn(en) und Schnellstraßen forciert hat, ist es endlich Zeit, sich um den Süden und den Binnenpendler zu bemühen (und eine entsprechende Nord-Süd-Verbindung zu schaffen), denn zwischenzeitlich pendeln bereits 44.000 Burgenländer täglich (!) im eigenen Land.

RFW-Burgenland: Wo bleibt die Fördergerechtigkeit?

Utl.: Forderung nach 25-prozentiger Förderung auch für KMUs!

„Prinzipiell wäre gegen die Investitionsstützung für Lenzing nichts einzuwenden“, nimmt RFW-Obmann Stv. Ing. Günther MICHLITS zur bekannt gewordenen neuen Superförderung von einigen Millionen Euro für den Standort Heiligenkreuz Stellung.

„Allerdings“, so Michlits, „sollen im Hinblick auf die zunehmend problematische Wirtschaftslage auch die Klein- und Mittelbetriebe mit derselben Förderquote unterstützt werden.“

Tankstellen: Land vernichtet Nahversorger

"Regierung, Landtag, aber auch die Wirtschaftskammer sind zum Handeln aufgefordert. Vor allem jetzt, wo der Bund zusätzliche Impulse setzen will", fordert Simon.



Als "völlig kontraproduktiv" sieht der RFW-Obmann die Installierung der Landestankstellen. Mit dieser Vernichtungsaktion der Nahversorger beweist man nur Wirtschafts-Inkompetenz. "Es sei wohl kein Kunststück", so Simon, "Treibstoffe billiger abgeben zu können, wenn man durch die Beschäftigung von Landesbediensteten sich Lohn- und Lohnnebenkosten erspart. Diese unsinnige, weil unseriöse Wettbewerbsverzerrung müsse umgehend abgestellt werden", fordert Simon, "will man der gewerblichen Wirtschaft nicht noch mehr Schaden zufügen." Vor allem frage man sich aber, wozu das Land kürzlich eine Nachversorger-Förderung ins Leben gerufen habe, wenn man jetzt dieselbe Klientel in den Ruin dränge und damit zusätzliche Arbeitslose schaffe.

Politik versagt bei Diebstahlsbekämpfung

Abschließend stellte Simon die Frage, wie lange die Politik bei den exorbitant zunehmenden Einbrüchen und Diebstählen (noch tatenlos zusehe? Er forderte jene geeigneten Maßnahmen, welche die Sicherheit für Wirtschaft und die Bevölkerung "Vor-Schengen" gewährleisten. Die Sicherheitsorgane müssen mit jenen Kompetenzen ausgestattet werden, welche den erforderlichen Schutz der Bürger - insbesondere durch den Wegfall der bewährten Grenzkontrollen - künftig sicherstellen.

Durch die 25 %-Subvention (6,9 Millionen Euro bei 27,5 Millionen Euro Investitionssumme) wird beim Faserhersteller jeder Arbeitsplatz neuerlich mit rund 700.000 ATS gefördert.

Bodenständige Burgenländische KMU's werden gleichzeitig weiter mit Almosen abgefertigt", kritisiert Michlits die ungerechte Förderpolitik von Rot & Schwarz im Land.

RFW-Kärnten: "Der Dienstleister für Kärntner Wirtschaftstreibende"!**Wir können vieles bewirken und haben klare Positionen!**

Wie jede gesellschaftliche Gruppierung muss auch die Wirtschaft sich bemühen, auf die Gestaltung der Politik Einfluss zu nehmen. Der Ring Unabhängiger und Freiheitlicher Wirtschaftstreibender bietet die Gewähr, dass dies von unten bis ganz nach oben, von den Gemeinden, über die Bezirke, der Landesregierung, der Bundesregierung bis zur Europäischen Union geschieht.

Wir verfügen über ein bewährtes Netzwerk, das jedes unserer Mitglieder im Bedarfsfall nutzen kann. Unsere Stärke ist die Unabhängigkeit. Bei uns ist jeder willkommen, der gute Ideen hat und der konstruktiv mitarbeiten will. Die politische und ideologische Überzeugung steht nicht im Vordergrund. Gerade in Kärnten können wir mit dieser Ausrichtung immer mehr Unternehmerinnen und Unternehmer überzeugen. Der RFW hat sich hier neben anderen Kräften eine erfolgreiche Position erarbeitet.

Wir verstehen uns aber nicht nur als bloße Interessensvertretung, sondern auch als eine große Familie. Neben fachlichen Schwerpunkten, pflegen wir auch die Gemeinschaft. Daher fühlen wir uns einem Prinzip verpflichtet: "Bauen wir Brücken, von Mitglied zu Mitglied, von Unternehmern zu Unternehmern, vom einzelnen Wirtschaftstreibenden zum jeweiligen Entscheidungsträger, von der Wirtschaft zur Politik." Bei unseren regelmäßigen Veranstaltungen bieten wir wertvolle fachliche Information, aber auch ein Umfeld für anregende Gespräche mit Gleichgesinnten.

Unsere Ziele lauten: "Eine starke Stimme für die Kärntner Wirtschaftstreibenden zu sein!" Wir mischen uns daher konstruktiv in anstehende Entscheidungen ein. Wir machen uns als kundenorientierter Dienstleister stark für die Unternehmerinnen und Unternehmer.

Der RFW-Kärnten steht für:

- ein faires Steuersystem - Flat Tax
- die Abschaffung der Mindest-Körperschaftsteuer
- die Abschaffung von Bagatellsteuern (Bodenwertabgabe, Gesellschaftssteuern, Kreditgebühren usw.)
- die Abschaffung von Pflichtveröffentlichung für GesmbH's im Amtsblatt zur Wiener Zeitung
- eine moderne schlanke Wirtschaftskammer
- die Wiedereinführung des Investitionsfreibetrages
- eine bessere soziale Absicherung von UnternehmerInnen



Wir bieten:

- den direkten Draht zum Kärntner Landeshauptmann und den Wirtschaftsreferenten
- Beratung bei Betriebsübergabe
- Informationen über wirtschaftspolitische wichtige Gesetze und Verordnungen, Seminare, Wirtschaftsgespräche und Vorträge zu aktuellen Themen und Problemstellungen
- die Vermittlung von Kontakten zu allen Ämtern und Behörden, natürlich auch zur Wirtschaftskammer
- umfassende Informationen über Förderungsmöglichkeiten
- Hilfe bei Finanzierungen jeder Art

RFW-Niederösterreich: Herbstklausur im Pielachtal**Utl.: Teilnehmer kritisieren massiv das Hilfspaket für Banken**

Bei der Vorstandsklausur des RFW-NÖ (Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender und Unabhängiger) am 17. und 18. Oktober 2008 im Steinschaler Dörfel im Pielachtal wurde neben der organisatorischen Vorbereitung der Wirtschaftskammerwahl 2010 das Hilfspaket der Regierung für Banken heftig diskutiert.

Dazu Landesobmann KommR Walter Fischer: "Wenn die Banken in Ost- und Überseegeschäften große Renditen machen, benötigen sie auch keine Hilfe der Bundesregierung. Hätten sie die Gelder in der heimischen Wirtschaft veranlagt, wären zwar nicht so hohe Gewinne zu erwirtschaften, aber das Risiko wäre deutlich überschaubarer."

NAbg. Bernhard Vock, stellvertretender RFW-Landesobmann kritisierte vor allem, dass das Maßnahmenpaket der Bundesregierung die österreichischen Steuerzahler und hier vor allem die Klein- und Mittelbetriebe (KMU)

und Ein-Personen-Unternehmen (EPU) erwirtschaften müssen: " Genau jene Unternehmer, die auf Grund der Basel II Bestimmungen in letzter Zeit von den Großbanken schwer bis gar keine Kredite mehr erhielten, sollen diesen nun tatkräftig unter die Arme greifen? Es kann nicht sein, dass in jeder Krisensituation die Unternehmer zur Kasse gebeten werden, die auf Grund der Finanzkrise im Moment selbst schwer zu kämpfen haben", schloss Vock.



RFW-Oberösterreich: RFW und FPÖ bringen Solarpflicht bei Wohnbauförderung in Oberösterreich zu Fall!

Die von rot-grün verordnete Solaranlagen-Pflicht im geförderten Wohnbau kommt nicht. Auf Initiative der FPÖ in Zusammenarbeit mit dem RFW wird im Landtag eine Änderung des Wohnbau-Fördergesetzes eingebracht. Als Partner zur Abstimmung wurde die ÖVP gewonnen.

"Ich bin froh, daß hier eine Ungleichbehandlung alternativer Energiegewinnungsformen in letzter Minute verhindert wird. Unter dem Deckmantel Energieeffizienz und Klimaschutz wollte man der Sonnenenergie eine Monopolstellung zukommen lassen. Eine unfaire Behandlung all jener, die Erdwärme oder eine andere Form alternativer Energiegewinnung in ihr Projekt einbauen wollen," so der Landesobmann des RFW-Oberösterreich, Ing. Wolfgang Klinger.

Diese Regelung hätte auch enorme Auswirkungen auf

die Betriebe gehabt, weil den Anbietern anderer Energieformen die wirtschaftliche Basis entzogen worden wäre.

"Wir sind nicht gegen Solaranlagen, aber gegen den Zwang für eine Variante, wo es andere gute Alternativen gibt", so FPÖ-Klubobmann Günther Steinkellner.

"Jedes Bauprojekt hat seine spezifischen Bedürfnisse und Möglichkeiten. Von vornherein per Richtlinie zu bestimmen, dass überall Solarenergie verwendet werden muß, ist Nonsens", sagt Klinger.



NAbg. Alois Gradauer: RFW für sofortige Rücknahme der Gaspreiserhöhungen in Oberösterreich

Utl.: Stark sinkende Rohölpreise am Weltmarkt rechtfertigen die geplante Erhöhung der Gaspreise keinesfalls mehr!

"Die letzten Monate wurden die Österreicher an den heimischen Zapfsäulen beim Tanken abgezockt, nun ist hier endlich durch den sinkenden Rohölpreis ein Ende in Sicht. Auch wenn die Spritpreise sinken, so kommt auf die Bevölkerung ein neue Belastung zu:

Die Gaspreise sollen in Oberösterreich um 20 bzw. 21 Prozent erhöht werden", kritisierte NAbg. KommRat Alois Gradauer. Durch die stark sinkenden Rohölpreise am Weltmarkt sei "die nunmehrige Erhöhung der Gaspreise auf keinen Fall mehr gerechtfertigt, immerhin wird ja mit der Koppelung der Gaspreise an die Rohölpreise argumentiert."

"Die Erhöhungen sind unsozial und treffen die Menschen in unserem Land just zum Beginn der kalten Jahreszeit. Hohe Heizkosten reißen zusätzlich ein Loch in die Brieftaschen der Menschen - vor allem Alleinerzieher, Familien und Pensionisten sind von dieser Maßnahme betroffen", fordert Gradauer eine Rücknahme der Gaspreiserhöhung in Oberösterreich.

Die Finanzkrise treffe die Bevölkerung mit voller Wucht "und es ist Aufgabe der Politik, hier endlich

Verantwortung zu übernehmen und die Menschen zu entlasten.

Was bringt es, dass die Pensionen um 3,4 Prozent erhöht werden, wenn gleichzeitig die Gaspreise um 20 Prozent steigen? Unter Strich bringt es den Senioren nur wieder ein dickes Minus ein. Die Gaspreiserhöhung in Oberösterreich muss sofort zurück genommen werden, der Landeshauptmann ist aufgefordert, umgehend zu Handeln", so Gradauer, der zudem die zuständigen Minister Bartenstein und Buchinger auffordert "endlich tätig zu werden.

Es ist bereits fünf vor Zwölf und beide Herren zeichnen sich durch Untätigkeit aus. Wirtschaftsminister Bartenstein soll endlich die Wettbewerbsbehörde einschalten und Konsumentenschutzminister Buchinger sollte sich umgehend für die Konsumenten in diesem Land stark machen."



Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Oberösterreich findet am Donnerstag, den 20. November 2008 statt.

RFW-Salzburg: Raumordnungschaos in Salzburg vorprogrammiert!**Utl.: KommR Rat Helmut Haigermoser: Südtiroler Modell wäre tauglicher!**

Beim zukunftsweisenden Thema Raumordnung wisse innerhalb der ÖVP offenbar die rechte nicht, was die linke Hand tut und umgekehrt, so der Obmann des RFW-Salzburg, Vizepräsident KommR Haigermoser, in seiner Stellungnahme.

LR Eisl erteilt einer Auslagerung wichtiger Themen im ROG eine kalte Abfuhr, weil niemand - außer den Gemeinden selbst - eine bessere Raumordnung umsetzen würde. Sein Parteikollege Gemeindebundpräsident Mödlhammer forderte indes dringend einen Masterplan für ländliche Räume, die vor der Aushungerung stehen.

Haigermoser dazu: "Diese Vernebelungstaktik aus der Salzburger sozialistischen Koalitionsregierung führt nur zur weiteren Auffettung des Speckgürtels und Aushungerung der Landgemeinden. Dies "passiert" aus Kurzsichtigkeit und Ignoranz gegenüber den bekannten Fakten, wie bspw. der SABE-V Studie, welche von LR Eisl vor drei Jahren noch in schönster Sonntagsredenmanier beschworen wurde. Dem Machthunger vereinzelter, einflussreicher Bürgermeister beugen sich die Parteikollegen, da ja Ruhe sein muss. Die Großmeisterin im Raumchaos, LH Mag. Burgstaller gibt neuerdings ganz schicki-micki die Devise "Handel (im FOC) statt Industrie" aus. Wo sind die verantwortungsbewussten Politiker, die Handel UND Industrie auf ihre politische Fahne heften?"

Nach wie vor bleibt die Forderung des RFW-Salzburg auf

Übernahme des Südtiroler ROG-Konzepts ungehört. Dies alles zum nachhaltigen Schaden der gesamten Region. Dieses Modell hat die Interessen der Verbraucher, der Gemeinden untereinander und der Gewerbetreibenden erfolgreich gebündelt und so eine moderne Verbindung zwischen gewachsenen Strukturen und neuen Absatzforen geschaffen. Das Südtiroler Modell richtet sich bei der Vergabe von Gewerbegebieten strikt nach Einwohner/m².



"Alle Fachleute, die diesen Namen verdienen, haben andere Lösungen verlangt als die von den Politikern präsentierten. Es dürfte noch nicht durchgedrungen sein, dass nach dem Wegfall der Grenzen innerhalb der EU eine verbindliche Planungskultur in den angrenzenden Regionen Oberösterreich und Bayern zu schaffen ist. Diese notwendigen Maßnahmen für den zusammenwachsenden Wirtschafts- und Industrieraum werden aufgrund der jüngsten Äußerungen zum Schaden aller noch länger auf sich warten lassen," zeigte sich der Obmann des RFW enttäuscht und bekräftigte seine Forderung an die vernünftigen Kräfte in der Landesregierung nach Umsetzung des Südtiroler Modells.

RFW-Salzburg: Steuerreform ausgabenseitig finanzieren!**Utl.: VP LO KommR Helmut Haigermoser: Kennt der WIFO-Leiter den RH-Bericht?**

Der Ruf des WIFO-Chefs Aiginger nach einer massiven Steuerreform und die dazu eingeforderten Begleitmaßnahmen bezeichnete WKS-Vizepräsident KommR Helmut Haigermoser, Landesobmann des RFW-Salzburg, als steinigen Weg in die falsche Richtung.

Unbestritten sei, so Haigermoser, dass die Umsetzung der notwendigen Tarifreform zur Entlastung des Faktors Arbeit ehest möglich erfolgen müsse. Dies erfordere nicht allein das jüngste Fiasko in der Finanzwelt. Darüber hinaus gelte es, den Wirtschaftsstandort Österreich attraktiver zu gestalten, damit den börsennotierten Industriebetrieben die Abwanderung ins Ausland nicht weiter versüßt werde.

Haigermoser dazu: „Der sogenannte Experte Aiginger hat sich spät aber doch unserer Forderung nach einer nachhaltigen Steuerreform angeschlossen. Alleine seine Begleitmaßnahmen zur Finanzierung dieses Entlastungspakets zeigen, wes Geisteskind der WIFO-Chef ist. Seine Forderung, die Grundwerte an die Verkehrswerte heranzuführen, die Steuern auf Tabak und Alkohol anzuheben, mögen am Papier zur Finanzierung der Tarifreform zu einem Nullsummenergebnis führen, ist

aber nichts weiter als eine billige Abzocke basierend auf einer romantischen Idee des Postkommunismus“.

Einem Wirtschaftsforscher stünde es nach Haigermoser besser an, das Ganze zu berücksichtigen. „Leider“, konstatiert Haigermoser „hat Herr Aiginger den aufrechten Appell des Rechnungshofes auf Entlastungen im Staatsapparat in seiner „Expertise“ nicht berücksichtigt oder einfach übersehen“.

Faktum sei, dass sich die gültige Steuerpolitik lediglich dazu eigne, die Staatsschulden und somit die Belastung der Steuerzahler pro futuro zu erhöhen. Für die Beibehaltung der altbekannten aber nicht bewährten Methode „zuerst nehme ich, dann gebe ich einen Teil zurück,“ hätten die Bürger nicht wählen müssen und das WIFO seine EDV im Stand-by-Modus belassen können.

„Als Begleitmaßnahmen fordert der RFW-Salzburg als erstes die dringend gebotene Bundesstaatsreform voranzutreiben, der Rechnungshof erkennt hier eine Entlastung in Milliardenhöhe!“, erneuerte LO KommR Haigermoser seine Forderung.

Forderungen des RFW-Steiermark als Grundlage für die Anträge zum Wirtschaftsparlament

Stop der Einführung und Erhöhung von Steuern und Abgaben

Die Einnahmen des Bundes haben Rekordniveau erreicht. 30,54 Milliarden Euro lieferten die Österreicher im ersten Halbjahr des Jahres 2008 beim Finanzamt ab. Das ist um rund 5 Prozent mehr als im ersten Halbjahr des Vorjahres. In absoluten Zahlen bedeutet dies ein Einnahmenplus von mehr als 1,5 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommenssteuer stiegen um 853 Millionen Euro (ein Plus von rd. 8 Prozent), die Körperschaftssteuer brachte ein Plus von rd. 6 Prozent, die Mineralölsteuer sogar ein mehr von deutlich über 10 Prozent.

Das Budget 2007 hat statt den vorab veröffentlichten 0,9% nur ein Defizit von 0,5% des BIP ergeben. Möglich war das durch die hohen Steuereinnahmen: 64,7 Milliarden Euro konnte der Staat dank des guten Wirtschaftswachstums einnehmen. Das ist um 1,5 Milliarden Euro mehr als erwartet. Auch 2008 wird erwartet, dass das Einnahmenplus deutlich ausfallen wird.

Bedenklich ist, dass Österreich 2007 trotz Rekordsteuereinnahmen kein positiver Budgetabschluss gelungen ist. Vergleichbare Länder wie Finnland (+5,3%), Dänemark (+4,4%), Schweden (+3,5%) oder Irland (+0,3%) konnten einen Überschuss erzielen. Sogar unser Nachbarstaat Deutschland meldete ein ausgeglichenes Budget.

Die Abgabenquote in Österreich betrug für 2007 41,8%. Damit liegt Österreich über dem Durchschnitt von 40,7% in der Euro-Zone. Die kalte Progression führt zu höheren Steuerklassen und die Umsatzsteuer partizipiert an den steigenden Preisen, insbesondere für Energie. Trotz all dieser Belastungen wird nach Erhöhung der Mineralölsteuer und Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrages regierungsseitig schon wieder um die Einführung neuer Steuern gefeilscht.

Der RFW-Steiermark spricht sich vehement gegen die Einführung neuer und gegen die Erhöhung bisheriger

Steuern und Abgaben aus. Es ist im Gegenteil eine Steuerentlastung und eine Senkung der Abgabenquote unter 40% anzustreben.

Lohn-Nebenkosten-Befreiung beim ersten Mitarbeiter im ersten Beschäftigungsjahr

Im Lauf der Jahre hat sich ein Lohnverrechnungssystem von unüberschaubarer Komplexität entwickelt, das auch für Experten fast nicht mehr handhabbar ist. Auf der anderen Seite sind die Kosten des Faktors Arbeit immer wieder angestiegen.

Die Aufnahme des ersten Mitarbeiters soll unter der Voraussetzung einer ununterbrochenen Beschäftigung von mindestens 3 Jahren durch eine Lohnnebenkostenbefreiung für das erste Jahr der Beschäftigung gefördert werden, unabhängig davon, ob die Aufnahme des ersten unselbständig Beschäftigten im ersten Jahr nach der Gründung oder zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt (d.h. losgelöst vom Neugründungsförderungsgesetz). Dies muss im Zuge der angekündigten Steuerreform umgesetzt werden.

Einführung einer degressiven AfA und Anhebung der Grenze für die sofortige Abschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter auf € 1.000,--

Betriebswirtschaftlich sinnvoll ist die Zulassung einer degressiven AfA, welche die wirtschaftliche Realität genauer abbildet als die lineare AfA. Innerhalb der EU-15 ist in einer Mehrzahl der Länder die degressive AfA möglich. Auch in der Steiermark soll die Möglichkeit einer degressiven AfA geschaffen werden.

Ergänzend dazu sollte die Schwelle für die geringwertigen Wirtschaftsgüter von derzeit 400,-- Euro auf 1.000,-- Euro angehoben werden.



Seminar - Kammerorganisation und Reform der Fachorganisationsordnung

Beim seinem Vortrag hat der Leiter der Präsidialabteilung der Wirtschaftskammer Steiermark, Mag. Jürgen Köstner, unter anderem die Reform der Fachorganisationsordnung, welche im Juni des Jahres im österreichischen Wirtschaftsparlament beschlossen worden ist, vorgestellt.



Die Errichtungsbeschlüsse für diese werden im Zuge des steirischen Wirtschaftsparlaments am 20. November beschlossen werden.

Die Veranstaltung war sehr gut besucht und es gab interessante Diskussionsbeiträge seitens der Teilnehmer.

RFW-Tirol - Die treibende Kraft in der Wirtschaftskammer Tirol!

Utl.: Die RFW-Fraktion sorgt für frischen Wind im Wirtschaftsparlament!

Am 19. November 2008 wird das nächste Wirtschaftsparlament der WK-Tirol stattfinden. Dabei ist der RFW-Tirol mit den Anträgen immer die treibende Kraft.

Finanzierungsunterstützungspaket

Vor dem Hintergrund einer sich eintrübenden Konjunktur, einhergehend mit einer verstärkten Wachstumsverlangsamung, ausgelöst durch die Finanzmarktkrise, steht auch Tirol vor neuen Herausforderungen. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft sind noch nicht abschätzbar, jedenfalls sind damit weitaus größere Risiken für die Konjunktur verbunden als noch vor einigen Wochen angenommen. Darüber hinaus ist es noch nicht absehbar, wann die Finanzmärkte zur Normalität zurückkehren. Große europäische Volkswirtschaften stehen bereits am Rande einer Rezession.

Die Organe der Wirtschaftskammer Tirol werden aufgefordert, umgehend mit der Tiroler Landesregierung in Verhandlung zu treten, um zu erreichen, dass Kleinkredite - bis etwa 30.000 Euro - in den ersten 18 Monaten zinslos zur Verfügung gestellt werden. Die dabei anfallenden Zinszahlungen sollten von der Tiroler Landesregierung getragen werden. Darüber hinaus sollte eine 90%ige Ausfallhaftung seitens der Tiroler Landesregierung übernommen werden.

Stopp der Einführung und Erhöhung von Steuern und Abgaben

Die Wirtschaftskammer Tirol soll sich vehement gegen die Einführung neuer und gegen die Erhöhung bisheriger Steuern und Abgaben aussprechen. Es ist im Gegenteil eine Steuerentlastung und eine Senkung der Abgabenquote auf unter 40% anzustreben.

Außerkraftsetzung des sektoralen Fahrverbotes

Es sollte erreicht werden, dass das Land Tirol die seit vielen Jahren in vielen Bereichen verfehlte Verkehrspolitik überdenkt und diese tatsächlich nach den Grundsätzen der Umweltentlastung ausrichtet und andere Bundesländer nicht dem Beispiel Tirols folgen.



Die Wirtschaft und somit auch die Transportwirtschaft können nicht nur mit sinnvoller und zielgerichteter Umweltpolitik leben, sondern unterstützen diese Ziele voll und ganz, wie sie dies bereits in der Vergangenheit eindrucksvoll bewiesen. Wenn jedoch unter dem Deckmantel des Umweltschutzes Verkehrsbeschränkungen zu Lasten aller Übrigen zur obersten Maxime erhoben werden, gilt es, sich dagegen zu wehren.

Finanzanlagen der Wirtschaftskammer Tirol

Täglich erreichen uns neue Hiobsbotschaften von fallenden Aktienkursen und Börseverlusten. Die Finanzkrise, die ausgehend von den USA, nunmehr auch Europa und den EU-Wirtschaftsraum trifft und deren tatsächliche Auswirkungen noch nicht absehbar sind, lässt wohl keinen Wirtschaftstreibenden kalt.

Es soll bei der zuständigen Abteilung der Wirtschaftskammer Tirol veranlasst werden, dass eine Aufstellung über die Finanzanlagen der Wirtschaftskammer Tirol erstellt wird. Im Sinne der Transparenz und Wahrung des Vertrauens in die Interessensvertretung sollte das Ergebnis den Mitgliedern des Wirtschaftsparlamentes zugänglich gemacht werden.

RFW-Tirol gemeinsam mit dem Transitforum und Vertretern der Transportverbände aus Italien und Bayern bei EU-Kommissar Tajani

Am 22.10.2008 war der RFW-Tirol, vertreten durch KommR Ulf Schmid mit offiziellen Vertretern der Transportverbände aus Italien, Österreich und Bayern bei EU-Kommissar Tajani.

Hauptsächlich ging es um folgende Themen:

1. Ausweitung des sektoralen Fahrverbots
2. Ausweitung Nachtfahrverbot für Euro 4 und 5

Das TRANSPORTFORUM vertreten durch DR. BERNHARD HAID und ULF SCHMID übergaben an den Kommissar ein entsprechendes Positionspapier!

Der Kommissar informierte sich über die aktuelle Situation und ob die Bahn derzeit die bevorstehenden Kapazitäten schaffen kann. Er wurde von den Verbänden

aufmerksam gemacht, dass die Verladebahnhöfe am Brenner und Wörgl jetzt schon an der Kapazitätsgrenze der Parkplätze sind.



RFW-Vorarlberg: KO Ing. Fritz BO Amann zur GRÜNEN-Landesanleihe: „Serios wirtschaftendes Land hat derartige Dinge nicht notwendig“

Utl.: Konjunkturpaket der Landesregierung setzt richtige Impulse!

Als Bestätigung der „wirtschaftspolitischen Geisterfahrt der Grünen“ sieht der RFW-Bundesobmann und Wirtschaftssprecher, KO Ing Fritz Amann, die jüngste Forderung der Grünen nach einer Vorarlberger Landesanleihe.

„Ein serios wirtschaftendes Land wie Vorarlberg benötigt nicht frisches Geld von seinen Bürgern über Landesanleihen. Unser Land darf sich als Darlehensnehmer nur in Form seiner künftig möglichen Einnahmen verschulden. Die zwangsläufig für die Anleihe zu zahlenden Zinsen müssen durch zusätzliche, künftige Einnahmen aufgebracht werden und diese sind ohne Fremdverschuldung nur durch künftige Einnahmesteigerungen über den Weg zusätzlicher Belastungen möglich. Der Zins kann also nicht höher sein, als das tatsächliche Wirtschaftswachstum des Landes und das wird sich in den nächsten zwei Jahren unter der 1-Prozent-Marke bewegen. Damit schließt sich schon wieder der Kreis der Grünen Belastungspolitik“, so Amann.

Für Amann setzt der mit dem Koalitionspartner ÖVP in Verhandlung befindliche Budgetentwurf die richtigen Impulse zur Stärkung der heimischen Klein- und Mittelbetriebe: „Gerade die im Hochbau- und Wasserwirt-

schaftsressort von Landesrat Egger vorgesehenen Gesamtinvestitionen von rund 130 Millionen Euro bringen wichtige Konjunkturimpulse für die Wirtschaft im Land.“

Die ebenfalls angestrebte Forcierung der Althausanierung mache im Hinblick auf eine notwendige Konjunkturbelebung für die Vorarlberger Klein- und Mittelbetriebe grundsätzlich Sinn. „Wichtig dabei ist jedoch die attraktive Gestaltung der Förderungsrichtlinien. Sanierung muss auch leistbar sein und darf nicht auf dem ‚Altar der Ökologie‘ geopfert werden. Da werden wir mit der ÖVP noch weiter verhandeln“, berichtet Amann.

Die jüngsten „Konjunkturbelebungs Ideen“ der Grünen, jener Partei, die belegbar jedes Infrastrukturprojekt, jede Betriebserweiterung, jeden touristischen Impuls von Beginn an blockiert und verhindert, stellen für Amann entbehrliche Zurufe dar: „Wer jede Entwicklung im Land hemmt und immer nur ‚Null-Lösungen‘ anbietet, hat auch ‚Null-Lösungskompetenz‘ und sollte besser schweigen.“



KMUs müssen angesichts der Finanzkrise unbedingt gestärkt werden!

Utl.: NAbg. Bernhard Themessl: Der Mittelstand ist Rückgrat der Gesellschaft - Forderung nach raschen Maßnahmen!

„Die von Spekulanten und dem wenig geordneten amerikanischen Finanzmarkt verursachte Finanzkrise greift nun ganz deutlich auf die reale Wirtschaft und damit auf Unternehmen in Österreich über. Gerade jetzt gelte es, die KMUs als wichtiger Bestandteil der österreichischen Volkswirtschaft zu stärken, so Wirtschaftssprecher NAbg. Bernhard Themessl, Mitglied des Bundesvorstandes des RFW.“

Für viele KMUs, etwa Installateure und andere Gewerbebetriebe, die häufig eine geringe Eigenkapitaldecke haben, ist seit Wochen der Zugang zu frischem Geld verwehrt. Es zeigt sich für ihn einmal mehr, dass die Bundesregierung durch ihr Nichtstun in den letzten Jahren die Krise noch verstärkt habe, da die notwendige Entlastung zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung im Bereich der KMUs nicht erfolgt sei. Der Mittelstand sei das Rückgrat der Gesellschaft, aber der derzeitigen Regierung offenbar kein Anliegen.

„Wir brauchen daher, neben dem geschnürten Finanzpaket für die Banken auch kurzfristige Sofortmaßnahmen für die KMUs. Er bemerkt dazu nachdrücklich: „Der RFW ist für die sofortige Abschaffung der Kreditvergabegebühren - Kosten 160 Millionen Euro - sowie für die sofortige

Abschaffung der Gesellschaftssteuer - Kosten rund 50 Millionen Euro. Die Gesellschaftssteuer besteuert die Zufuhr von Eigenkapital an inländische Kapitalgesellschaften. Der Steuer unterliegen insbesondere der Ersterwerb von Gesellschaftsrechten, z.B. Gründung und Kapitalerhöhung, und beträgt 1 Prozent vom Wert der Gegenleistung, um Kredite so wie die Kapitalerhöhung für die Unternehmer billiger zu machen.“

Ebenso sei die Ausweitung der Finanzierungsgarantie (Ausfallhaftung) der AWS - dem Volumen und der Art und Weise nach - extrem wichtig und effizient, erläutert Themessl weiter. Dies gelte speziell im Bereich der Mikrofinanzierung und in der kleinstrukturierten Wirtschaft. Die Exportoffensive von Wirtschaftskammer Österreich und der Bundesregierung sei ebenfalls unbedingt mit Nachdruck fortzusetzen, so Themessl abschließend.



RFW-Wien: Basel II muß weg!**Utl.: LO KommR Detlev Neudeck: Abschaffen ist der einzige Weg aus dem Desaster!**

Im eben überstandenen Wahlkampf wurde die Forderung nach Aussetzen von Basel II erhoben. Das ist aber zuwenig! Diese unternehmerfeindliche Regelung gehört abgeschafft!

Wenn man sich die Bankenkrise in den USA vor Augen führt, dann sieht man, dass gerade jene, die uns Basel II aufgedrängt haben, sich nicht daran gehalten haben.

Wie sonst könnte es passieren, dass amerikanische Banken der Reihe nach pleite gehen und Konkurs anmelden müssen. Von einer stärkeren Eigenkapitalbildung war da wohl nichts zu sehen!

Und gerade das war ja das Hauptargument für Basel II: Die stärkere Bedeckung von Krediten mit Eigenkapital - je nach Bonität des Kreditnehmers. Und die Bonität wurde durch Ratingagenturen festgesetzt. Allerdings scheinbar wie bei der Bekanntgabe der Lottozahlen:

Alle Angaben ohne Gewähr!

So konnte man unlängst nachsehen, dass die Lehmann-Bank um 8.00 Uhr morgens noch das Top-Rating AAA bekam, während um 10.00 Uhr das Rating auf "Vorsicht" herabgestuft wurde. Eine Stunde später war Lehmann pleite. Soviel zu den Ratings!



In Österreich hatte man früher einen Bankbeamten, der mit dem eigenen Geschäft mitgewachsen ist. Der die Höhen und Tiefen eines Unternehmers kennt und der Kredite auf einer Basis vergeben hat, die den Amis unbekannt ist: Vertrauen!

Vizepräsident KommR Karl Ramharter: Forderungskatalog an die neue Regierung: Existenz statt Insolvenz!

Der Wahlkampf ist vorbei. Vizepräsident KommR Karl Ramharter fordert nun von der künftigen Regierung mehr Einsatz für die Wirtschaftstreibenden - vor allem für den Mittelstand!

Die kalte Progression belastet alle Einkommenssteuerpflichtigen. Jede Lohnerhöhung der Mitarbeiter wird von der kalten Progression großteils geschluckt. Dies belastet nicht nur die Betriebe, sondern führt dazu, dass die Bevölkerung immer weniger für Konsum und Investition zur Verfügung hat, was wiederum der Wirtschaft fehlt. Höchste Zeit, die seit 1989 bestehende Steuerbemessungsgrundlage den heutigen Gegebenheiten anzupassen.

Abschaffung von Bagatellsteuern, Erleichterung der Betriebsnachfolge, Vorsteuerabzugsfähigkeit für betrieblich genutzte PKWs, Einführung einer Investitionsbegünstigung, Steuerfreiheit für nicht entnommene und reinvestierte Gewinne sowie Humanisierung des Steuersystems sind nur einige der wichtigsten Forderungen, die wir an die künftige Regierung in Sachen Steuerreform stellen.

Dazu kommt unsere Forderung nach Entlastung der

Betriebe von Bürokratie. Vereinfachung der Lohnverrechnung, Abbau überzogener statistischer Auflagen, Abschaffung der Pflichtveröffentlichungen im Amtsblatt der Wiener Zeitung und Angleichung der unterschiedlichen Bemessungsgrundlagen im Steuer- und Sozialrecht, sowie bei Gemeindeabgaben.

Dies würde den KMUs sehr hilfreich sein, ihre unbezahlte Tätigkeit für den Staat zugunsten der Produktivitätssteigerung in ihre Betriebe zu investieren.

Existenz statt Insolvenz! Unsere Forderungen werden wir - so wie bisher - auch in Zukunft den Verantwortlichen präsentieren.

Hoffen wir, dass die neue Regierung gescheiter wird als ihre Vorgänger - Verbieten kann ihnen das niemand!



Mehr Informationen finden Sie auf unserer Homepage - www.rfw.at!

Interesse an Eintragungen in das elektronische Branchenverzeichnis des RFW?

Mail an reinsperger@rfw.at bzw. 01/4082520-16